

WB03

Hülya Özkan (46) aus Bielefeld ist Vorsitzende des Bundesverbandes der Berufsbetreuerinnen und Berufsbetreuer

# NRW zahlt 300 Millionen Euro für Betreuung

Von Christian Althoff

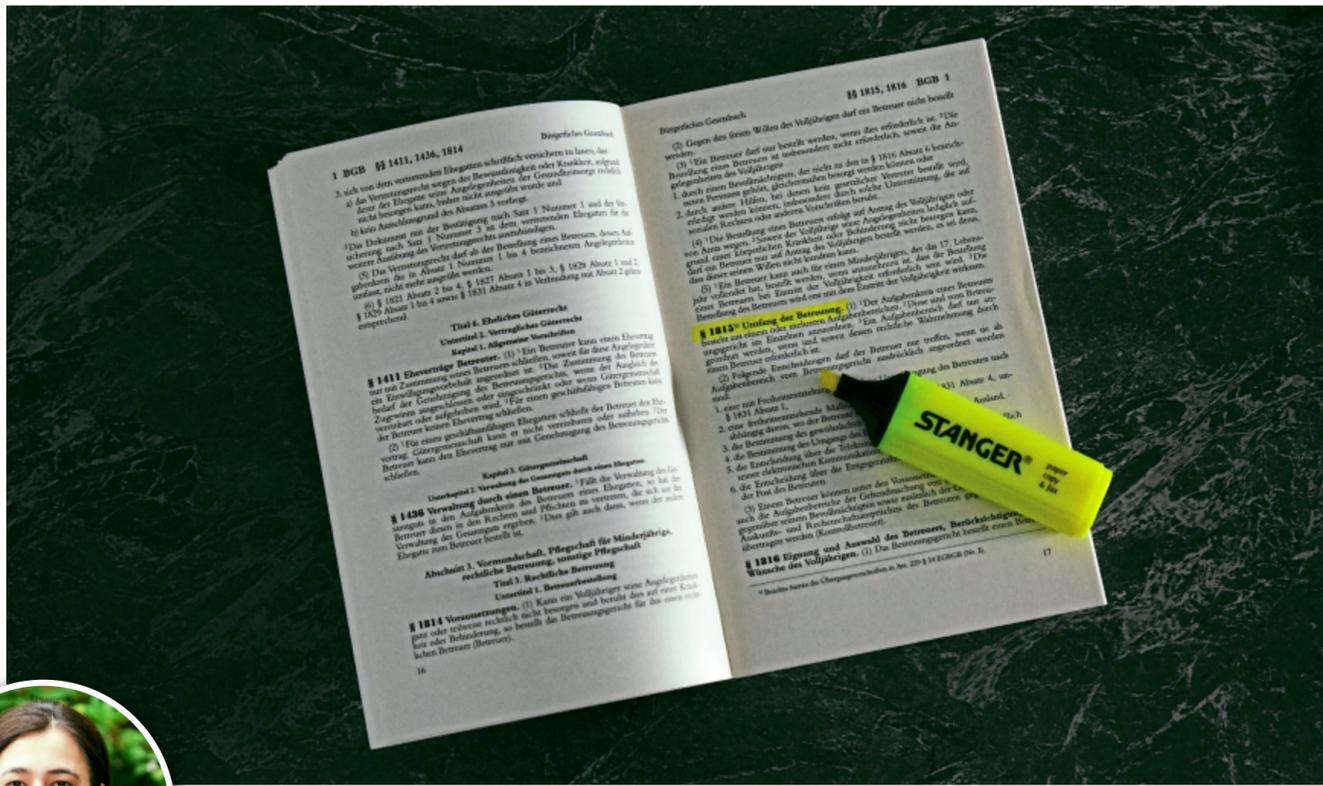
**BIELEFELD.** Wenn Erwachsene wegen geistiger oder körperlicher Einschränkungen ihren Alltag nicht mehr organisieren können und kein Verwandter oder Nachbar diese Aufgabe übernimmt, können Gerichte Betroffenen sogenannte Berufsbetreuer zur Seite stellen. „Während sich früher jeder als Betreuer bezeichnen konnte, gibt es seit einigen Jahren gesetzliche Voraussetzungen“, sagt Hülya Özkan (46) aus Bielefeld. Sie ist seit Mai Vorsitzende des Bundesverbandes der Berufsbetreuerinnen und Berufsbetreuer, dem 8000 Mitglieder angehören.

In der Branche sind viele Berufe vertreten: Anwälte, Sozialarbeiter, Pädagogen... Um von den Betreuungsstellen, die meist bei Städten und Kreisverwaltungen angesiedelt sind, zugelassen zu werden, ist seit 2023 neben einer Schuldenauskunft und einem polizeilichen Führungszeugnis eine Schulung vorgeschrieben. Sie wird von verschiedenen Instituten angeboten, dauert 270 Stunden und kostet etwa 5000 Euro. „Leider umfasst diese Ausbildung kein Praktikum“, sagt Hülya Özkan. Das halte sie eigentlich für wichtig, denn nicht jedem liege es, mit demen- oder geistig behinderten Menschen umzugehen. Gut sei hingegen, dass der Gesetzgeber Betreuern in zwischen verbiete, ihre Klienten zu beerben. „Das hatte unser Verband schon sehr lange gefordert. So etwas ist ethisch bedenklich, und es fördert auch nicht das Vertrauen, das die Klienten in uns haben sollten.“



„Welche Pflichten Betreuer und welche Rechte Betreute haben, steht unter anderem im Bürgerlichen Gesetzbuch“, sagt Hülya Özkan.

Fotos: Althoff



Mehr als 260.000 Menschen haben in Nordrhein-Westfalen mindestens einen Betreuer oder eine Betreuerin. Eine Betreuung kann jeder anregen: Wer meint, sein Nachbar oder eine entfernt lebende Verwandte komme nicht mehr alleine zurecht, kann sich an die Betreuungsbehörde wenden, die den Fall prüft. Letztlich entscheidet dann ein Richter, nachdem er den Betroffenen angehört hat, ob eine Betreuung angeordnet wird. „Das ist aber immer nur der letzte Schritt – wenn andere Hilfen nicht mehr greifen.“

Betreuungen enden, wenn der Gesundheitszustand des Klienten sie nach Ansicht des Gerichts nicht mehr nötig erscheinen lassen oder wenn der Betreute stirbt. „Dann habe ich die Verwandten über-

den Tod zu informieren, ein Vermögensverzeichnis aufzustellen, und anschließend bin ich raus.“

Hülya Özkan erklärt, das Gericht lege genau fest, für welchen Lebensbereich die Betreuung gelte. „Sie kann sich zum Beispiel auf finanzielle Dinge erstrecken, auf die medizinische Versorgung oder auf alle Fragen rund um die Wohnung.“ Deshalb könne ein Mensch auch mehrere Betreuer bekommen.

58 Menschen betreut Hülya Özkan zur Zeit – gerade genug, damit sich ihr Betreuungsbüro trage, wie sie sagt, aber mehr Fälle seien wegen ihrer Arbeit für den Berufsverband im Moment auch

nicht drin. Ihre jüngste Klientin ist 19, die älteste 95. „Bei jungen Menschen geht es oft darum, dass sie wegen einer psychischen Erkrankung Hilfe beim Start in ein selbstständiges Leben bekommen.“ Bei alten Menschen gehe es meist um finanzielle oder medizinische Fragen. „In einem Fall hatten Verwandte bemerkt, dass eine ältere Dame größere Summen von ihrem Konto abbob, die dann spurlos verschwanden.“ Nachdem sie zur Betreuerin bestellt worden sei, habe das Gericht ihr die Vollmacht über das Konto übertragen. „Ich überweise jetzt regelmäßig kleine Summen an eine sehr hilfsbereite Nachbarin der Frau, die der Klientin jeden Montag das Geld für die Woche aushändigt.“

In anderen Fällen, vor al-

lem bei medizinischen Fragen, müsse sie selbst vor Ort sein. „Kürzlich habe ich eine Frau mit einer geistigen Behinderung, die Brustkrebs hatte, zum Aufklärungsgespräch vor der OP begleitet. Sie hat meine Hand gehalten, und ich musste entscheiden, was getan werden sollte.“

Der Zeitaufwand für die Klienten sei unterschiedlich, sagt die Betreuerin. „Wenn man einen neuen Fall übernimmt, kann es schonmal eine Woche dauern, bis man die Plastiktüte voller Papiere durchgearbeitet hat, die die Leute einem oft geben.“ Wenn eine Betreuung erstmalig laufe, treffe sie die Klienten alle sechs bis acht Wochen. „Das meiste ist dann Büroarbeit: Schriftverkehr mit Behörden, der Pflegekasse, Schuldnerberatern und

anderen Einrichtungen.“ Wer über mehr als 10.000 Euro verfügt, muss seine Betreuung selbst bezahlen. Die Sätze sind gesetzlich festgelegt und höher als jene, die der Staat trägt, wenn ein Betreuer nicht selbst dafür aufkommen kann. Hülya Özkan: „Wir können einmal im Quartal abrechnen. Dann stellen wir einen Vergütungsantrag an die Rechtspflegern des Betreuungsgerichts. Die veranlassen dann unsere Bezahlung über die Justizkasse oder erlassen bei den vermögenden Klienten einen Beschluss, mit dem wir uns den Betrag von deren Konto überweisen dürfen.“ Außerdem müsse dem Gericht einmal im Jahr ein detaillierter Rechenschaftsbericht vorgelegt werden.

In Bielefeld funktionieren

die Zusammenarbeit mit den Rechtspflegern sehr gut, sagt Hülya Özkan, an anderen Berichten Deutschlands dagegen nicht. „Es gibt Kolleginnen und Kollegen, die bis zu einem Jahr auf ihre Bezahlung warten müssen und fünfstellende Beträge offen haben.“ Das sei ein wesentlicher Punkt, der den Start in diesen Beruf so schwierig mache: „Man sollte finanzielle Reserven für das erste Jahr haben, um es durchzustehen“, sagt die Bielefelderin. Das zu ändern und eine bessere Bezahlung für Berufsbetreuer zu erreichen gehöre zu ihren Zielen als neue Bundesverbandsvorsitzende. „Die Berechnung unserer Bezahlung ist kompliziert und hängt von vielen Faktoren ab – zum Beispiel davon, ob man studiert hat und ob ein Betreuer im Heim lebt oder zu Hause, was auf 80 Prozent der Klienten zutrifft.“ Dieses System sollte vereinfacht und die Gebühren sollten erhöht werden, fordert Hülya Özkan. „2026 wird es die erste Erhöhung nach 2019 geben. Für mich werden das 3,6 Prozent mehr sein, was nicht annähernd die Inflation ausgleicht.“

Trotzdem liebt die Sozialwissenschaftlerin ihren Beruf. „Das schönste für mich ist, wenn mich ein Klient anlächelt, der ursprünglich gar keine Betreuung haben wollte – und der dann aber merkt, wie sehr ihn das entlastet.“

## 263.518 Menschen haben einen Betreuer an ihrer Seite

In Nordrhein-Westfalen hatten im vergangenen Jahr nach Angaben des Landesjustizministeriums 263.518 Menschen einen oder mehrere gesetzliche Betreuer. Insgesamt haben die Gerichte in NRW im vergangenen Jahr 299.066 Betreuer bestellt, davon waren 158.593 sogenannte Berufsbetreuer, also in der Regel speziell ausgebildete Kräfte, die von ihren Betreuungen leben.

Damit war in NRW in jedem zweiten Fall (53 Prozent) ein Berufsbetreuer bestellt. Für Betreute, die weniger Vermögen als 10.000 Euro haben, übernimmt der Staat die Kosten. Das waren im vergangenen Jahr 299,7 Millionen Euro. Überschlägig wären das gut 1140 Euro pro Betreutem, aber diese Rechnung stimmt nicht, weil es ja auch vermögende Betreute gibt, die selbst für ihre Be-

treuungskosten aufkommen. Deren Zahl kennt das Justizministerium aber nicht. 2023 wurde das Betreuungsrecht im Interesse der Betreuten reformiert. Es regelt nicht nur die Qualifikation von Berufsbetreuern. Unter anderem können betreute jetzt selbst bei Gerichts Erklärungen abgeben, Anträge stellen, einen Betreuerwechsel beantragen oder gegen Gerichtsent-

scheidungen vorgehen. Briefe vom Gericht oder von Behörden gehen nicht nur an die Betreuer, sondern auch an die Betreuten selbst. Entscheidungen für Menschen, die ihre Wünsche und ihren Willen nicht (mehr) selbst ausdrücken können, müssen sich an ihrem mutmaßlichen Willen ausrichten – und nicht daran, was von außen betrachtet „zu ihrem Wohle“ wäre.

In NRW dürfen Lehrer weiter Hausaufgaben kontrollieren

# Debatte um unangekündigte Tests

Von Sina Zehrfeld

**DÜSSELDORF (WB).** In NRW dürfen Lehrkräfte weiterhin kontrollieren, ob und wie ihre Schüler ihre Hausaufgaben gemacht haben, und zwar auch ohne ihre Klassen im Vorhinein groß vorzuwarnen. Und sie dürfen auch weiterhin unangekündigte Tests schreiben lassen, wenn sie das wollen. Das hat das Bildungsministerium von Dorothee Feller (CDU) aus gegebenen Anlass klargestellt.

„In Nordrhein-Westfalen können Lehrerinnen und Lehrer von ihren Schülerinnen und Schülern erwarten, dass sie ihre Hausaufgaben zuverlässig erledigen“, erklärte ein Sprecher dazu. Kurze Überprüfungen oder auch spontane Tests „sollen vor al-

lem dazu beitragen, dass kontinuierlich gelernt wird“ und alle gut auf den Unterricht vorbereitet seien. Es gebe im Ministerium auch keine „Problemanzeigen“ über diese Praxis.

Anders sieht man das im benachbarten Bundesland Rheinland-Pfalz. Dort hat der amtierende Bildungsminister Sven Teuber (SPD) zum Ende der großen Ferien verkündet, dass unangemeldete Tests nicht mehr zulässig seien. Und alle Überprüfungen von Hausaufgaben, ob schriftlich oder mündlich, müssten künftig schon bei der Erteilung angemeldet werden. Spontane Überprüfungen passten nicht zu einer modernen Schule, sie erzeugten unnötigen Stress bei jungen Menschen und behinderten

Lernprozesse. Eine Argumentation, die manchen irritiert. „Damit kann ich nichts anfangen“, sagte unverblümt der Präsident des Lehrerverbands NRW, Andreas Bartsch. „Wir haben mittlerweile ein Problem damit, dass immer wieder argumentiert wird, der Stress sei so schlimm, der Druck so groß. Aber wenn jemand die Hausaufgaben gemacht hat, dann ist eine Kontrolle am nächsten Tag doch kein neuer Stress.“ Den hätten die jungen Leute doch allenfalls vorher gehabt, nämlich bei der Arbeit.

Außerdem: Wenn bei einer Regelung wie in Rheinland-Pfalz mal keine Überprüfung angekündigt werde, dann werde „die Ernsthaftigkeit der Aufgabe direkt in Frage

gestellt“. Manche Jugendlichen, die sich vor einer Kontrolle sicher wähten, würden dann gegebenenfalls eher der Versuchung erliegen, sie einfach nicht zu machen. Echte unangekündigte Tests wiederum setzten Lehrer in NRW ohnehin schon heute sparsam an, sie sollten jedenfalls nicht der Regelfall sein. „Es gibt den politischen Willen, dass die Schüler darauf vorbereitet werden“, so Bartsch.

Die politische Opposition im Landtag ist bei dem Thema gespalten. „Wir Freie Demokraten sehen Schritte zur Abkehr vom Leistungsprinzip im Bildungssystem grundsätzlich kritisch“, machte die schulpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion klar, Franziska Müller-Reh. „Unangekündigte Kontrollen

völlig abzuschaffen, ist ein Freifahrtschein zum Nichtanfertigen der Hausaufgaben – und das schadet letztendlich dem Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler selbst.“

Die SPD hingegen stellt sich hinter das Konzept des SPD-Ministers aus dem Nachbarland und kritisiert NRW-Bildungsministerin Feller. Deren Haltung wundere sie nicht, sagte die schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Dilek Engin. „Mit ihrem Schulkompass 2030 hat sie gerade erst zusätzliche Leistungskontrollen in den Jahrgangsstufen 2, 5 und 7 eingeführt – ohne für Entlastung zu sorgen.“ Es gebe also wieder mehr Tests und damit zusätzlichen Stress für Schüler, so Engin. „Das ist genau der falsche Weg.“

# AfD-Kandidat ausgeschlossen

**LAGE (WB).** Uwe Detert, Bürgermeisterkandidat der AfD in Lage, darf nicht bei den Kommunalwahlen am 14. September antreten. Der Kreiswahlausschuss Lippe hat am Donnerstagabend die Entscheidung des städtischen Wahlausschusses bestätigt. Die Entscheidung war deutlich: In geheimer Wahl sprachen sich acht Ausschussmitglieder dafür aus, die Beschwerde der AfD gegen die Nichtzulassung abzulehnen.

Vor einer Woche hatte bereits der zehnköpfige Wahlausschuss der Stadt Lage, der mit Kommunalpolitikern von CDU, SPD, FDP, Grünen und AfD besetzt ist, entschieden: Uwe Deterts Kandidatur bei der Bürgermeisterwahl wird abgelehnt.

# Wildschwein bremst Zug aus

**HÖXTER (WB/rob).** Die viel befahrene B64/83 bei Höxter musste am Mittwochabend (20. August) voll gesperrt werden. Eine Nordwestbahn legte am Bahnübergang Taubenborn eine Notbremsung hin. Was genau gegen 22 Uhr auf den Gleisen gegenüber des Großparkplatzes am Godelheimer Freizeitsee passiert war, konnte erst nach längeren Recherchen auf dem dunklen Bahndamm geklärt werden. Der Lokführer meldete die Kollision mit einem Wildschwein. Reisende und Bahnpersonal hatten Schlimmeres befürchtet. Die Feuerwehr Höxter übernahm die Aufräumarbeiten. Bahnstrecke und B64 waren 90 Minuten gesperrt.

# Feuer in Reha-Klinik

**BAD OEYNHAUSEN (WB).** Ein Brand in einem Patientenzimmer in der Median-Klinik am Park in Bad Oeynhausen löste am Donnerstagvormittag einen Großeinsatz der Feuerwehr aus. Ersten Erkenntnissen zufolge wurden drei Personen verletzt, wie die Polizei mitteilt. Um 10.39 Uhr ertönte der Feueralarm in der Klinik. Rund 160 Patienten sowie 50 Mitarbeiter mussten aus dem Gebäude evakuiert werden. Fast die gesamte Feuerwehr der Stadt war mit 142 Kräften bis zum Mittag im Einsatz. Durch die Flammen wurden das Patientenzimmer sowie Teile der Gebäudefassade schwer beschädigt. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen zur Brandursache aufgenommen.



Hausaufgaben gehören zum Schulalltag. Gestritten wird nun darüber, ob unangekündigte Kontrollen sinnvoll sind. Foto: IMAGO/JGI/Blend Images